Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:

Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1.35 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. O Ferien- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe unleserlich geschriebener oder durch

60. Jahrgang.

Anzeigen-Preise:

Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. **Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — **Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.**

Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hans Tietze, Wilkau.

Nr. 51. | Dienstag den 1. März. | **1932.**

Nur 25 Stimmen Mehrheit.

Berlin, 27. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der im Hause Aufsehen erregenden Mitteilung, daß auch außer den Volksparteiern Kahl und Schneider, auch der Abg. Glatzel (DVP) beurlaubt worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. Gottheiner (Dnatl.) gegen die gestrige Rundfunkübertragung der Rede des Reichskanzlers. Präsident Löbe erwidert, die Vorwürfe könnten sich allein gegen ihn richten. Gestern sei er aufgefordert worden, seine Genehmigung zur Verbreitung der Reichskanzlerrede zu geben. Diesem Ansuchen habe er entsprochen. (Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Weiter machte der Präsident Mitteilung von einem inzwischen eingegangenen Antrag Oberfohren (Dnatl.): Der Reichstag wolle beschließen, der Reichstagspräsident wird verpflichtet, sein Amt niederzulegen.

Abg. Rosenberg (Nat.-Soz.)

wendet sich den Ausführungen des Kanzlers zu. Dieser habe versucht, nationalsozialistische Führer der Verbreitung bewußter Lügen zu bezichtigen. Weiter habe der Kanzler geglaubt, Angriffe von ihm, dem Redner, zurückweisen zu müssen, der am 9. November 1918 noch nicht gewußt habe, was sein Vaterland sei. 10 Millionen Auslandsdeutsche würden heute von dieser Verspottung ihres deutschen Schicksals erfahren. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.) Die Auslandsdeutschen würden sich daran erinnern, daß sie ihre heutige Lage auch der Zentrumspolitik mit zu verdanken hätten. Dabei sei der Reichskanzler mit einer Partei verbündet, deren einer Führer erklärt habe, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt. (Hört! hört! rechts.)

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.)

beantragt, den Ausführungen des Kanzlers beiwohnen zu dürfen, da sich der Abg Reinhardt (Nat.-Soz.) in seiner Rede mit der Politik des Finanzministers beschäftigen wolle. Während der Auszählung, die dann erfolgt, erscheint der Reichsfinanzminister im Saal.

Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt wird — der Antrag ist mit 210 gegen 180 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt worden — verläßt Reichsfinanzminister Dietrich unter stürmischem Händeklatschen der Mitte und der Linken wieder seinen Platz.

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) teilt dem Präsidenten mit, daß er auf seine Wortmeldung verzichte. (Heiterkeit.)

Abg. Bausch (Chr.-Soz.)

bezeichnet die nationalsozialistische Politik im Hinblick auf die Außenpolitik als töricht. Die Regierung hat ihr Möglichstes zur Ueberwindung der Krise getan. Sie hat Anspruch auf sachliche Unterstützung durch den Reichstag. Eine Senkung der Arbeitslosigkeit ist nur möglich durch Umsiedlung auf das Land. Es wäre empfehlenswert, die ganze Siedlungsarbeit dem Reichskommissar für die Osthilfe zu übertragen. Die Bildung einer anderen Regierung ist nicht möglich. Ein großer Mann, wie Sie (nach rechts) nie einen haben werden, Bismarck, hat einmal versucht, mit der Gewalt zu regieren. Die Folge war, daß die Sozialdemokraten in doppelter Zahl in den Reichstag kamen. (Lärm bei den Nationalsozialisten.) (Der Abg. Kleiner (Dnatl.) wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen.)

Abg. Frau Juchacz (Soz.) spricht von der Schicksalsstunde der deutschen Frau, die weder für Hitler noch Duesterberg noch Thälmann ihre Stimme abgeben könne. Ihr Kampf könne allein dem Faschismus gelten. Abg. Neubauer (Komm.) sagt dem Kanzler Dank für seine gestrige Rede. Der Kanzler habe damit die ganzen Phrasen der Sozialdemokraten von dem kleineren Uebel widerlegt. Dann

Abg. Dr. Weber (Staatsp.)

das Wort, um seine Angriffe gegen die Nationalsozialisten zu begründen. Die Nationalsozialisten verlassen bis auf den Abg. Göring den Saal.

Mit Rücksicht auf die schwierige innen- und außenpolitische Lage hält die Staatspartei es für notwendig, den Reichswehrminister auf die Gefahren seines Experiments aufmerksam zu machen.

Abg. Schultze-Stapen (Dnat.)

bedauert, daß die Ernährungsfrage in der Aussprache nicht genügend Beachtung gefunden habe. Für die Zukunft muß man die stärksten Befürchtungen haben. Die Nahrungsfreiheit aus deutscher Erde muß sichergestellt werden. Die Maßnahmen zur Entschuldung der Landwirtschaft sind eine unvollkommene Nachahmung des abgelehnten Hugenberg-Planes und kommen ein Jahr zu spät. Das sogenannte Hindenburg-Kabinett hat die Landwirtschaft bitter enttäuscht. In der Binnenwirtschaft, im Binnenmarkt liegt die Hoffnung der Zukunft. Das Kabinett Brüning muß abtreten.

Abg. Criespien (Soz.) wendet sich gegen nationalsozialistische Angriffe wegen seiner Stellung zu Deutschland. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz. Arb.-P.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten den Aushungerungsfeldzug gegen die Werktätigen mitgemacht. Abg. Dr. Föhr (Ztr.) kommt auf die Ausführungen des nationalsozialistischen Abg. Rosenberg zurück wegen einer Neußerung des „Badischen Beobachter" über ein Ostlocarno und erklärt: Selbstverständlich können wir auf eine Revision der Ostgrenzen nie verzichten.

Abg. Lucke (Wirtschaftsp.)

wendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter, entscheidender Stunde einen Scheck über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelstandsbank ausgehändigt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich bestätigt, daß an dieser von dem Abg. Feder (Nat.-Soz.) aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei. Wenn weiter insbesondere der deutschnationale Abg. Schmidt-Berlin behauptet habe, die Wirtschaftspartei hätte ihre politische Stellung zur Regierung von der Zahlung von 60 Millionen abhängig gemacht, so sei darauf hinzuweisen, daß gegen den Abg. Schmidt Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden sei. Auch hierzu habe die Reichsregierung eindeutig erklärt, daß alle derartigen Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen seien.

Abg. Dr. Marx (Ztr.)

erklärt, was die Partei zu verantworten habe, sei das, was er als Kandidat vor der Reichspräsidentenwahl gesagt habe. Der Redner betont, er habe damals auf seiner Versammlungsreise in Königsberg in wärmster Anerkennung Hindenburgs Verdienste um die Rettung Ostpreußens aus schwerer Kriegsgefahr hervorgehoben und unmittelbar nach der Wahl ein herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm an Hindenburg gerichtet.

Damit sei der Beweis dafür erbracht, daß man solche Wahlkämpfe auch ritterlich und ehrenhaft ausfechten könne.

Das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflichttreue und Hingabe an das Vaterland geschätzt, und es habe hierin seine Meinung nicht zu ändern brauchen. Das Zentrum stehe zu Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei. (Beifall im Zentrum.)

Ein Zwischenfall.

Bevor die Aussprache fortgesetzt wird, erklärt Abg. Jadausch (Komm.), er habe soeben ein Telegramm erhalten, wonach den bei dem Anglßk auf der Karsten-Zentrum-Grube in Oberschlesien gerettetem 7 Bergleuten die Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes für die unter Tage zugebrachte Zeit verweigert worden sei. (Widerspruch des Abg. Dr. Kleiner [Dnat.].) Der Redner beantragt daher u. a., daß diese Entlohnung doch erfolgt und den gerettetem Bergleuten ein achtwöchiger Erholungsurlaub gewährt wird.

Erregte Auseinandersetzungen der Kommunisten mit dem Abg. Dr. Kleiner, der u. a. zuruft: „Das ist nur eine üble Parteiagitation". Ueber den Antrag wird später entschieden.

Abg. Dr. Everling (Dnat.)

bezeichnet die Tatsache der Uebertragung der gestrigen Brüning-Rede als typisch für die mangelnde Ehrlichkeit des Systems. Schon 1930 habe der Kanzler die Steuern senken, die Arbeitslosigkeit verringern und den Artikel 48 möglichst wenig zur Anwendung bringen wollen. Statt dessen seien heute drei Steuerwellen zu verzeichnen, 3½ Millionen Arbeitslose mehr und etwa 150 Notverordnungen. Die ganze Verfassung sei hohl wie ein ausgefaulter Baum. Erfreulicherweise habe sich der Kanzler gegen die Gemeinschaft mit dem 9. November gewehrt. Es sei bezeichnend, daß seine Umgebung versucht habe, diese Stelle später zu ändern. Brüning sei der Gefangene des Systems geworden. Auch den greisen Feldmarschall habe man zum Gefangenen des Systems gemacht.

Das heutige System, so schließt der Redner, ist nur noch eine hohle Schale. Was fällt, soll man noch stoßen! Darum, Herr Reichskanzler, geben Sie den Weg frei: das nationale Deutschland muß durch!

Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) beantragt Herbeirufung des Reichsfinanzministers, der den Ausführungen des Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.) zuhören solle. — Der Antrag wird abgelehnt. — Im gleichen Augenblick aber erscheint unter großer Heiterkeit Minister Dietrich im Saal und nimmt an der Ministerbank Platz.

Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.)

zieht Vergleiche zwischen Versprechungen, die von der Regierung früher vor Annahme des Young-Planes und der einzelnen Notverordnungen gemacht worden seien, und den Zuständen, wie sie sich im Zeichen der Notverordnungen auf wirtschaftspolitischem Gebiet herausgestellt hätten.

Im Januar 1931, als es 4,3 Millionen Arbeitslose gegeben habe, habe der Minister in Stuttgart erklärt, ein System, das mit diesen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt nicht aufräumen könne, sei dem Untergang geweiht. Heute hätten wir 6¼ Millionen Arbeitslose. (Hört! Hört! rechts.) Die Umsatzsteuer habe im Januar 1931 bei 0,85 v. H. 91 Millionen, im vergangenen Monat selbst bei 2 v. H. nur noch 76 Millionen erbracht. (Lebh. Hört Hört! rechts.) **Das deutsche Volk spricht dieser Regierung das schärfste Mißtrauen aus, und fordert, daß sie nicht länger im Amte bleibt.**

Abg. Dr. Spahn (Dnat.)

äußert angesichts der neuesten Meldungen über die Genfer Abrüstungskonferenz die Befürchtung, daß die deutsche Abordnung dort eine Haltung einnimmt, die mit dem in der ersten Genfer Rede des Kanzlers vertretenen Standpunkt nicht vereinbar sein werde. Der Redner nennt es weiter bedauerlich, daß nicht das ganze Haus einmütig Einspruch gegen die litauischen Gewaltaten erhoben habe. Am 13. März gehe es um die Wahrung von Würde, Ehre und Freiheit des Volkes.

Reichsfinanzminister Dietrich

wendet sich gegen einen Zuruf, in dem behauptet worden war, die Regierung habe sich von den Banken hereinlegen lassen.

Von einer Hereinlegung der Reichsregierung könne nur jemand sprechen, der sich mit dem Problem überhaupt nicht befaßt hat.

Seit dem 13. Juli hat es sich nur noch darum gehandelt, durch Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsbank die völlige Rekonstruktion des Bankwesens in die Wege zu leiten. Ohne eine Rekonstruktion des Bankwesens konnte auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht betrieben werden.

Das Reich ist nicht eingesprungen, weil die Banken einen Druck auf uns ausgeübt hätten, sondern weil wir genötigt waren, die Banker als notwendiges Instrument unserer Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

Der Minister gibt im übrigen die aus dem amtlichen Presse-Kommunique über die Bankenrekonstruktion bereits bekannten Zahlen über die finanziellen Leistungen des Reiches nochmals bekannt. Er betont, wenn es nicht möglich gewesen sei, den Sturm auf die deutschen Großbanken zu bewältigen, so habe das daran gelegen, daß dieser Sturm

nicht vom Inlande, sondern vom Auslande her gekommen ist. (Zurufe von den Nationalsozialisten: Wenn Sie zurückgetreten wären, hätte dieser Sturm nicht eingesetzt! — Lachen in der Mitte und links.) Gegenüber den Kritikern an der Finanzgebarung der Reichsregierung weist der Reichsfinanzminister darauf hin, daß hier

9 Milliarden Mark allein für Kriegsbeschädigtenversorgung, Hinterbliebenenfürsorge, Wohlfahrtsausgaben, Arbeitslosenfürsorge und Schuldendienst

erforderlich seien. 1,8 Milliarden Mark seien für Besoldungen, Pensionen, Wehrmacht und ähnliche Dinge erforderlich. Auch hieran sei nicht mehr viel zu ersparen. Wenn nicht die ungeheuren Ausgaben für die Arbeitslosigkeit aufzubringen wären, würde die Reichsregierung den Haushalt sehr bald in Ordnung gebracht haben. Wir sind selbst bei unseren Schätzungen pessimistisch und vorsichtig genug gewesen, so wie es angebracht war.

Der Minister beschäftigt sich weiter mit gewissen Angriffen des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht und erklärt, die Summe der Reichsschatzwechsel belaufe sich heute auf den gleichen Betrag wie 1918, nämlich auf 400 Millionen Mark.

Der Minister ruft den Nationalsozialisten am Schluß zu: Sie haben mir ja sogar im Haushaltsausschuß den Rat gegeben, eine Milliarde mehr auszugeben! (Zuruf des Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.): Das ist nicht wahr! — Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Es folgen die Abstimmungen.

Das Haus stimmt einmütig dem Vorschlag des Reichsinnenministers zu, als Wahltage für die Reichspräsidentenwahl den 13. März und den 10. April festzusetzen.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über die gleichlautenden Anträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten, die der Reichsregierung das Vertrauen entziehen wollen. Mit den Antragstellern stimmen dafür auch die Landvolkfraktion und die Abgeordneten der Sozialistischen Arbeiterpartei.

Die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten gegen die Reichsregierung wurden in einer gemeinsamen Abstimmung mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Mit den Antragstellern stimmten auch das Landvolk und die Sozialistische Arbeiterpartei.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen den Reichsminister Dr. Groener.

Die Anträge werden mit 305 gegen 250 Stimmen abgelehnt.

Dann folgt die Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dietrich.

Dieser Antrag wird mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt.

Es folgen die Abstimmungen über die Anträge auf Reichstagsauflösung. Hierzu erklärt Abg. Döbrich (Landvolk), seine Fraktion werde gegen den Antrag stimmen, weil sie nicht wünsche, daß die Reichspräsidentenwahl und die Reichstagswahl zusammenfallen und damit der parteipolitische Charakter der Reichspräsidentenwahl noch mehr vertieft würde.

Der Antrag wird mit 299 gegen 228 Stimmen abgelehnt.

Vor der Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag Dr. Frick, der dem Reichstagspräsidenten das Vertrauen entziehen will, und über den deutschnationalen Antrag, der den Reichstagspräsidenten ersucht, sein Amt niederzulegen, kommt es zu einer Geschäftsordnungsaussprache. Präsident Löbe bittet, beide Anträge geschäftsordnungsmäßig zu behandeln. Abg. Koenen (Komm.) wendet sich gegen den Antrag Frick. Es mute seltsam an, wenn die Nationalsozialisten, ihren Antrag damit begründeten, daß der Reichstagspräsident in einer Kundgebung der Eisernen Front in Kiel zum Bürgerkrieg gehetzt habe. Die Kommunisten würden daher diesen Antrag ablehnen.

Diese Erklärung ruft bei den Nationalsozialisten stürmische Entrüstungskundgebungen hervor. Die Kommunisten antworten zunächst mit Zurufen und singen dann den ersten Vers der Internationale. Vizepräsident Esser unterbricht daraufhin die Sitzung für kurze Zeit.

Bald darauf erscheint Vizepräsident Esser wieder im Saale und eröffnet von neuem die Sitzung. Er erklärt, es habe am Schluß dieser Tagung keinen Zweck, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen, wichtig aber sei die Erledigung der Anträge. Er erteilt von neuem dem Abg. Koenen (Komm.) das Wort, worauf wiederum ein ungeheurer Lärm entsteht, den Koenen vergeblich zu überschreien versucht. Schließlich verläßt er die Tribüne.

Es wird dann namentlich darüber abgestimmt, ob die beiden Anträge, die sich gegen den Reichstagspräsidenten richten, geschäftsordnungsmäßig zulässig sind.

Gegen Schluß der Sitzung war es noch zu einem Zwischenfall gekommen, der eine kurze Unterbrechung der Sitzung herbeiführte. Es sollte über den nationalsozialistischen Antrag abgestimmt werden, der dem Reichstagspräsidenten Löbe wegen der Rundfunkübertragung der Kanzlerrede auf Schallplatten das Vertrauen entziehen wollte und ebenso über den deutschnationalen Antrag, der die Aufforderung an den Reichstagspräsidenten enthielt, sein Amt niederzulegen. Als dabei die Kommunisten heftige Angriffe gegen die Nationalsozialisten richteten und schließlich die Internationale anstimmten, hob der Vizepräsident die Sitzung auf.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurden die Anträge mit 321 gegen 226 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Gleichfalls abgelehnt wurde ein Antrag der Kommunisten, der im ersten Teil die sofortige Einstellung aller Tributzahlungen und im zweiten Teil die Ungültigkeitserklärung aller privaten Schuldverpflichtungen an das Ausland forderte. Für den Antrag wurden 75, dagegen 368 Stimmen abgegeben; 108 Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und das Landvolk erklärten dazu, bei einer Trennung des Antrags, wie sie sie beantragt hatten, würden sie für den ersten Teil gestimmt haben.

NSDAP. verläßt den Saal.

Nachdem dann noch einige Anträge der Nationalsozialisten an die Ausschüsse überwiesen worden waren, so zum Beispiel Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und Wiederherstellung der Grundrechte der Verfassung, gab Abg. Strasser die Erklärung ab, „die NSDAP. lehne es ab, sich an diesem Affentheater zu beteiligen", und empfehle die Einsetzung eines Ausschusses „zur sinngemäßen Verwertung von Papier" und die Ueberweisung aller Anträge an diesen Ausschuß.

In Anschluß an diese Erklärung verließ dann die nationalsozialistische Fraktion geschlossen den Saal.

Einstellung der Polizeizuschüsse an Braunschweig beschlossen.

Nach dem Auszug der Nationalsozialisten gelangte ein kommunistischer Entschließungsantrag zur Abstimmung, der die sofortige Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an Braunschweig forderte. Der Antrag wurde mit 232 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen angenommen.

Mehrheit für Aufhebung des Reichswehr-Erlasses.

Im Verlauf der weiteren Abstimmungen, wobei allein an hundert Anträge den Ausschüssen zur Weiterberatung überwiesen wurden, stimmte das Haus dann auch noch mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen einem kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Erlasses des Reichswehrministers zu. Dieser Erlaß bestimmte, daß fortan auch Nationalsozialisten in die Reichswehr eingestellt werden können.

Neue Plenarpause im Reichstag

Angenommen wurde ferner ein kommunistischer Antrag, der die Regierung ersucht, die Erhöhung des Butterzolls wieder rückgängig zu machen.

Eine längere Auseinandersetzung entspann sich noch über ein an die kommunistische Fraktion gerichtetes Telegramm, wonach die Grube Karsten-Zentrum den Bergleuten, die sieben Tage verschüttet gewesen sind, für diese Tage den Lohn gestrichen haben soll. Abg. Dr. Kleiner (Dnat.) machte darauf aufmerksam, daß die Richtigkeit dieser Darstellung noch nicht geprüft worden ist. Sollten die Behauptungen zutreffen, dann wäre kein Wort der Verurteilung scharf genug, aber im Augenblick wisse man nicht, wie es sich damit verhalte.

In später Abendstunde vertagte sich dann der Reichstag, wobei die Festsetzung eines neuen Sitzungstermins gegen die Stimmen der Kommunisten dem Präsidenten überlassen wurde. Wie man annimmt, wird der Reichstag kaum in der ersten Hälfte des März wieder zusammentreten.

Coburg verleiht Hitler das Ehrenbürgerrecht.

Coburg, 27. Februar. Der Stadtrat von Coburg hat dem Reichsführer der NSDAP. auf Antrag der nationalsozialistischen Fraktion das Ehrenbürgerrecht verliehen. Die SPD. verließ bei der Abstimmung über den Antrag den Saal.

Auslegung der Stimmlisten

Berlin, 27. Februar.

Der Reichsminister des Innern des Innern hat durch Verordnung bestimmt, daß die Stimmlisten und Stimmkarten für die Reichspräsidentenwahl vom 3. bis 6. März auszulegen sind. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen.

Die Berliner Brauereien zum Bierstreik.

Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend teilt mit: Die Berliner Brauereien haben in einer Sitzung zu dem von der Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen Groß-Berlins ausgerufenen Bierstreik Stellung genommen. Die Brauereien haben beschlossen, mit der Lokalkommission der Gastwirtsvereinigungen in Verbindung zu treten und zu prüfen, ob ein gemeinsames Vorgehen zur alsbaldigen Beilegung des Bierstreiks möglich ist.

Der Bruder des Reichspräsidenten gestorben.

In Lübeck ist Bernhard von Hindenburg, der Bruder des Reichspräsidenten, im 74. Lebensjahre gestorben. Bernhard von Hindenburg, der am 17. Januar 1859 in Glogau geboren wurde, war früher Offizier und widmete sich später schriftstellerischer Tätigkeit. U. a. hat er im Jahre 1915 ein Lebensbild seines Bruders veröffentlicht.

Erneuerung des französisch-polnischen Militärabkommens. Im April dieses Jahres läuft das französisch-polnische Militärabkommen ab. Wie es heißt, soll die Erneuerung dieses Geheimvertrages bereits fest beschlossen sein.

Das englische Zollgesetz angenommen. Das Unterhaus hat das Zollgesetz in dritter Lesung mit 442 gegen 62 Stimmen angenommen. Die wissenschaftlichen Filme werden auf die Freiliste gesetzt.

Werbt für das Namslauer Stadtblatt.

Kampf um Omega

Roman von Kurt Martin (Nachdruck verboten) **49** Copyright by Verlag Neues Leben, Bayr. Gmain.

Klaus riß einen Stuhl empor. „Elender Schurke!"

Ein rascher Sprung rettete Salenzyca vor dem Schlag. Der Stuhl zersplitterte krachend an der Tür. Salenzyca schrie: „Noch eine Gewalttat, und des Mädchens Schicksal ist besiegelt! Ich warne Sie!"

Klaus starrte den Mann haßerfüllt an. „Sie sind ein Teufel!"

„Scheinbar lieben Sie das Mädchen also doch voller Leidenschaft. — Seien Sie aber vorsichtig! Ich habe nicht lange Geduld. Glauben Sie nicht, wenn Sie schweigen, ich werde mich damit begnügen, ich werde Sie eines Tages von hier fortlassen! — Sie bleiben hier, bis mein Ziel erreicht ist! — Glauben Sie auch nicht, ich spreche nur leere Drohungen aus! — Max Ohlemark ist verhaftet. Er wurde in Dobromierzyce auf meine Anzeige hin festgenommen und sitzt in Warschau in Haft. Er ist des politischen Mordes an Daniel Lokadziej angeklagt."

Klaus Klüber forschte mißtrauisch: „Er soll Daniel Lokadziej erwürgt haben?"

„Ja! Er hat ihn erwürgt und beraubt."

„Das bezweifle ich noch."

„Man wird Sie nicht um Ihre Ansicht fragen!"

„Was sagt er aus?"

„Das kann Ihnen ja gleichgültig sein. Genug, er ist angeklagt! — Nun geben Sie acht! Fräulein Ohlemark hat mir selbst gestanden, daß sie ihren Vetter in Dobromierzyce suchen wollte. Weshalb? — Man könnte sehr leicht auf den Gedanken kommen, daß sie seine Helfershelferin ist, daß sie gleichfalls zum Zwecke der Spionage sich nach Dobromierzyce begeben hat. Es ließe sich unter Umständen sogar nachweisen, daß das Mädchen seinen Aufenthalt hier bei mir benützte, um zu spionieren. Es erwartet Hilde Ohlemark dann das gleiche Schicksal wie ihren Vetter! — Wollen Sie das?"

Klaus Klüber schloß die Augen. Er konnte den Mann da an der Tür nicht mehr ansehen; er hätte ihn sonst niederschlagen müssen. „So gemein könnten Sie handeln!"

„Sie sollen nur sehen, welche Folgen Ihr Widerstand heraufbeschwören würde."

„Warum soll das Mädchen leiden, wenn ich mich Ihren Wünschen nicht willig zeige? Warum werfen Sie nicht mich ins Gefängnis?"

„Weil das nicht klug gehandelt wäre."

„Und Sie glauben, mich hier so ohne weiteres von der Welt absperren zu können? Man wird mich suchen und meine Spur finden."

Salenzyca lachte voller Spott und Hohn auf.

„Hoffen Sie nicht zuviel in dieser Beziehung! Es war bereits jemand am Tor draußen und hat nach Ihnen gefragt."

„Wer?"

„Sie sind neugierig! Aber ich will es Ihnen sagen. Der Mann nannte sich Bert Ibenstein!"

„Herr Ibenstein war hier?"

„Ja! Es wurde ihm gesagt, Sie hätten mit Fräulein Ohlemark das Haus, in dem Sie Gastfreundschaft genossen hatten, bereits verlassen. Sie seien mit mir im Auto nach Warschau gefahren und haben sich dort beide von mir verabschiedet, um die Heimreise anzutreten. — Sie sehen, ich spreche ganz offen."

Klaus dachte nach. „So ist das also! — Mein Vater wird wenigstens wissen . . ."

„Er wird nichts wissen! Er wird nichts mehr von Ihnen hören und sehen, wenn Sie meinen Wunsch unerfüllt lassen."

Salenzycas Stimme veränderte sich plötzlich. Ein bösartiges Lächeln flog über sein Antlitz. „Es gibt noch einen Weg! — Geben Sie mir den Ring, den Sie dort am Finger tragen!"

Ueberrascht sah Klaus auf seinen Feind.

„Diesen Ring? — Nein! — Der Ring ist ein Andenken an meine tote Mutter."

„Geben Sie mir den Ring!"

„Sie wollen mich also auch noch ausrauben?"

„Sie werden den Ring wiederbekommen. Geben Sie ihn her! Es ist besser, Sie erfüllen meinen Wunsch, ohne daß ich Zwang anwenden muß."

„Sie planen eine neue Teufelei!"

Salenzyca riß die Tür auf. Stoszjej stand davor. „Komm herein!"

Der Diener trat neben seinen Herrn ins Zimmer. Er blickte finster auf Klaus Klüber. „Was soll ich?"

Salenzyca gebot. „Herr Dr. Klüber, Sie geben mir jetzt den Ring! Ich werde sonst Stoszjej befehlen, Ihnen Fesseln anzulegen."

Da streifte Klaus den Ring vom Finger und legte ihn auf den Tisch. „Ich füge mich der Gewalt."

Salenzyca griff hastig danach. „Diesen Ring kennt Ihr Vater. Er weiß, daß der Ring Ihr Eigentum ist, daß Sie ihn trugen. Ich werde Sie vielleicht gar nicht mehr mit meinen Wünschen belästigen, Herr Dr. Klüber. Ich werde Ihren Vater aufsuchen und ihn fragen, was ihm lieber ist, den Ring und seinen Sohn wiederzusehen, oder nur den Ring zurückzuerhalten. Er wird sich gewiß für jenes entscheiden."

Klaus maß den Sprecher verächtlich. „Sie wollen Ihr Erpressungsmanöver auch bei meinem Vater versuchen?"

„Ich will sehen! — Seien Sie versichert, Ihr Herr Vater wird keinen Widerstand wagen!"

„Sie wollen also meinen Vater aufsuchen?"

„Wahrscheinlich."

„Hoffentlich läßt er Sie sofort verhaften!"

Salenzyca grinste. „Ich rate ihm das nicht. Ich werde ihm sagen, daß ich Auftrag gegeben habe, Sie und Fräulein Ohlemark zu töten, wenn ich innerhalb dreier Tage nicht wieder hier bin oder telegraphisch das vereinbarte Zeichen gegeben habe."

„Sie Teufel!"

„Ich werde ihm einige Papiere vorlegen, die ihm beweisen, daß ich nicht leere Drohungen ausspreche. — Sie sollten also ernstlich wünschen, daß Ihr Herr Vater spreche! — Noch besser wäre es freilich, Sie würden mir diese Reise ersparen." Er maß Klaus finster. „Wenn ich nämlich reise, bin ich aller Versprechen ledig, die ich Ihnen gab. Ich versprach Ihnen, daß Sie und Fräulein Ohlemark gemeinsam von hier fortkönnten, sobald Sie mir gesagt haben, was ich zu wissen wünsche, und sobald die Richtigkeit Ihrer Angaben durch entsprechende Versuche nachgewiesen ist. — Diese Zusage ist dann hinfällig. Ihr Vater sicherte sich nur Ihre Freilassung für den Fall, daß er spricht. — Das Mädchen bleibt aber dann hier! Sie können dann zu hundert Behörden laufen; keine wird Ihnen helfen, daß Sie das Mädchen jemals wiedersehen. Bedenken Sie das!"

(Fortsetzung folgt.)

Duesterberg
zu Schicksalsfragen des deutschen Volkes.

Der Kandidat des schwarz-weiß-roten Blockes — Deutschnationale Volkspartei und Stahlhelm — ist der 2. Bundesführer des Stahlhelm, Duesterberg.

Es dürfte von Interesse sein, welche Stellung Duesterberg zu zwei schicksalsschweren Fragen für das deutsche Volk eingenommen hat.

Sie geht hervor aus zwei Schreiben Duesterbergs, die er an den Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg gerichtet und im „Alten Dessauer" veröffentlicht hat.

Nachstehend der 1. Brief, in dem die Annahme des Youngplanes behandelt wird; der 2. Brief folgt.

Brief an den Herrn Reichspräsidenten:

Halle a. S., den 24. Februar 1930.
Lafontainestr. 4.

Hochzuverehrender Herr Generalfeldmarschall,
hochgebietender Herr Reichspräsident!

Euere Exzellenz bitte ich in tiefer Ehrfurcht, zu der stattgehabten Unterredung vom 21. d. Mts., mich noch schriftlich äußern zu dürfen.

In schwerer Sorge, ja in Verzweiflung und Verbitterung bin ich nach Halle zurückgekehrt.

Wir mußten den Eindruck haben, daß die Vertreter der Kreise, die die Revolution von 1918 gemacht oder geduldet haben, die Euere Exzellenz bis zum Tage des Amtsantritts als Reichspräsident in Wort und Schrift in nicht wiederzugebender Weise öffentlich angegriffen, beschimpft, verleumdet, ja verflucht haben, heute nicht nur das Ohr des Reichspräsidenten haben, sondern auch Verständnis und wohlwollende Bewertung finden, während wir, die wir Herrn Generalfeldmarschall in dankbarer Treue gegen den Willen der Erstgenannten unter schwersten persönlichen, ja blutigen Opfern gewählt haben, anscheinend nicht mehr verstanden werden. Die Gegenseite prägte damals den Satz „Hindenburg bedeutet Krieg", das Gegenteil ist eingetreten und das Gleiche würde sich vollziehen, wenn Euere Exzellenz heute als ältestes und vornehmstes Staatsoberhaupt in der ganzen Welt die Unterschrift und die Younggesetze ablehnen und das deutsche Volk gemäß Artikel 73 der Reichsverfassung nochmals befragen würden. Auch dieser Schritt würde ebensowenig einen Krieg bedeuten wie seinerzeit die von uns durchgesetzte Wahl Euerer Exzellenz zum Reichspräsidenten.

Der Freiherr v. Stein hat allerdings in der Außenpolitik zum Schein hier und da unter dem Drucke der in Preußen stehenden Franzosen nachgegeben, andererseits hat er im Innern Alles für die Befreiung vorbereitet. Heute geschieht dafür nicht nur nichts, sondern das Gegenteil, Schwächung der Reichswehr! In richtiger Erkenntnis hat Napoleon Stein geächtet. . . . Stein hat mit anderen Männern sechs Jahre nach Tilsit die Politik so beeinflussen können, daß Preußens Erhebung möglich wurde. Wir sind heute elf Jahre nach dem Kriege und unterschreiben alle paar Jahre freiwillig neue Fesselungsverträge in Ergänzung des erpreßten Diktates von Versailles. Wenn unser Freiheitsgesetz, das Volksbegehren und der Volksentscheid als politisch falsch, romantisch und gefährlich bezeichnet werden, so darf darauf hingewiesen werden, daß Fichte, Clausewitz, Arndt, Scharnhorst, Blücher und Gneisenau von dem gleichen Geiste beseelt waren und schließlich doch siegten, nicht Hardenberg und dessen Gesinnungsgenossen.

Man bestreitet jetzt das Sanktionsrecht der Feinde in einer Zeit, wo der Ruhreinfall wenige Jahre hinter uns liegt; man bestreitet die bewilligte Dauerkontrolle in der entmilitarisierten Zone, obwohl soeben auf Befehl der Feinde die Zerstörung der Nahebahnen erfolgt und der Stahlhelm in der entmilitarisierten Zone verboten ist; man hält die Zahlung der Tribute versuchsweise für möglich, obwohl wir Ende dieses Jahres ungefähr 23,45 Milliarden privatrechtlicher Schulden haben werden, die sich bis 1933 auf rund 36,35 Milliarden steigern müssen!

Herr Reichspräsident! Bitter empfinden wir alten Soldaten die wahrlich nicht durch Verdienste errungene hohe Einschätzung parlamentarischer Größen! Auch wir könnten seit 10 Jahren Parlamentarier sein, hätten wir unsere Gesinnung geändert — vielleicht noch mehr. Seldte ist 45, ich bin 55 Jahre alt; wir kennen das deutsche Volk besser als die jetzigen Herrn Minister, denn wir leben und arbeiten ein Jahrzehnt fortgesetzt in den Volksmassen. Unsere scharfe Einstellung wird verurteilt! Der Stahlhelm war vom ersten Tage seines Entstehens an politisch, niemals parteipolitisch. Zum Kampf gegen die roten Empörer gehört nicht nur die Waffe, sondern vor allem die politische Gesinnung; wir waren und sind keine käuflichen Landsknechte! Unsere schärfer gewordene politische Einstellung ist nur das Echo auf die seit Jahren erfolgende Unterdrückungspolitik . . . und auf die Gewaltmaßnahmen unserer äußeren Feinde. Minister wie Grzesinski können uns ungeahndet öffentlich an die Laterne wünschen, Stahlhelmer schlägt man seit Jahren straflos tot, während Deserteure, Hoch- und Landesverräter vielfach Ehren genießen.

Euere Exzellenz hoffen auf eine Wiedergeburt des deutschen Volkes! Von der einsamen Höhe aus, auf der Herr Reichspräsident stehen, ist das Leben im Tiefland schwer zu erkennen. Systematisch wird unser armes Volk. . . . entsittlicht, Gott und der Liebe zum Vaterland entfremdet. Ein entartetes, seines Deutschtums beraubtes, vollständig materialistisch denkendes Geschlecht ist im Heranwachsen, in dem jede Achtung vor unserer großen Vergangenheit, vor den Eltern, Lehrern, vor jeglicher Autorität getötet, das pazifistisch verseucht ist und nicht den Willen hat, die Freiheit wieder zu erkämpfen. Was soll aus solchem Volk in diesem System noch werden? Die Hoffnung auf freiwillige Nachsicht der Feinde oder auf einen trügerischen Glücksumstand kann nach unseren 11jährigen Erfahrungen doch nicht mehr gehegt werden.

Nur ein „Nein" Euerer Exzellenz wird in der gesamten Welt alle noch gerechtdenkenden Menschen aufhorchen lassen und in unserem Volke endlich die seelischen, sittlichen und religiösen Kräfte wieder stärken, ohne die ein Wiederaufbau überhaupt nicht möglich ist. Ein Aufruf zur Einigkeit an das deutsche Volk nach Annahme der Younggesetze wird kein praktisches Ergebnis erzielen. Einig aber kann unser deutsches Volk nur sein in der gemeinsamen Liebe zum deutschen Blute, zur deutschen Heimat und zum deutschen Vaterland, nicht aber in internationaler Einstellung. Deren Vertreter kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt, sie geben aber heute in Preußen-Deutschland den Ausschlag, sie konnten die wirklich nationalen Menschen unterdrücken, entrechten, ja, vogelfrei machen.

Wenn Euere Exzellenz die Younggesetze unterschreiben, dann würde es besser sein, die alten Fahnen zu verbrennen und jede vaterländische Arbeit einzustellen. Es ist dann wahrlich bequemer und nützlicher für den Einzelnen, sich politisch auf rot oder schwarz-rot-gold umzustellen, als so wie wir 11 Jahre selbstlos, von vielen verlassen, für Ideale zu kämpfen, für die zwei Millionen gefallen sind und sechs Millionen geblutet haben.

Euere Exzellenz bitte ich, meine Worte gütigst verstehen und würdigen zu wollen; sie sind diktiert von reinster Vaterlandsliebe! Ich habe kein Amt oder politisches Mandat, aber ich spreche, das weiß ich, im Sinne der Männer, die treu blieben, als so viele treulos wurden, und deren Arbeit und Willen die Reichspräsidentschaft Euerer Exzellenz einst in erster Linie erkämpft haben! Von der trostlosen Verzweiflung, die die Besten des Volkes erfassen würde, falls der Name Hindenburg unter die Younggesetze gesetzt wird, können Euere Exzellenz sich kaum einen Begriff machen. Was die Türkei, was Bulgarien, was Ungarn und jetzt auch noch Oesterreich erreicht haben, das kann auch Deutschland erreichen, wenn seine Führung nur will! Soll der Name Kemal, Boris, Horthy und jetzt Schober heller leuchten als der Name Hindenburg? Wir wollen doch nichts anderes, als dem deutschen Volke die letzte große sittliche in Euerer Exzellenz verkörperte Autorität unangetastet erhalten.

In treuer Verehrung
Euerer Exzellenz sehr ergebener
gez. Duesterberg."

(Die durch vier Punkte in der vorstehenden Wiedergabe des Duesterberg'schen Briefes angezeigten kleinen Lücken bedeuten den Fortfall einiger Worte, der durch die heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen erzwungen wurde.
Die Schriftleitung.)

*

Die Antwort des Herrn Reichspräsidenten an den Kam. Duesterberg

war in sehr kameradschaftlicher Form gehalten und brachte zum Ausdruck, daß die Beurteilung der damaligen Lage durch den Kameraden Duesterberg zu pessimistisch sei und der Herr Reichspräsident ohne Rücksicht auf seine Person seine endgültige Entscheidung so treffen würde, wie es seine Verantwortung vor dem deutschen Volke und der deutschen Zukunft erfordere.

Die Kriegervereine zur Reichspräsidentenwahl.

Das Verhalten des Generals von Horn als Präsident des Kyffhäuserbundes zur Frage der Reichspräsidentenwahl hat in den Vereinen des Kyffhäuserbundes starke Verstimmung ausgelöst. Dem haben viele Kriegervereine auch in Schlesien in Entschließungen und Briefen an General von Horn Ausdruck gegeben. Sie wenden sich dagegen, daß durch die Vertrauenserklärung des Generals von Horn der Eindruck entstehe, daß die alten Soldaten eine erneute Kandidatur des Generalfeldmarschalls für den Posten des Reichspräsidenten wünschten. Sie wünschten vielmehr, daß der Name des hochverehrten Generalfeldmarschalls mit politischen Angelegenheiten nicht in Zusammenhang gebracht werde.

Lokales

Namslau, den 29. Februar 1932.

= **Reiterverein Namslau.** Der Reiterverein Namslau macht ergebenst darauf aufmerksam, daß es ihm gelungen ist, für Mittwoch, den 2. März den ausgezeichneten Reiterfilm „Aufgesessen", der jeden Kavalleristen, Reiter und Freund des Pferdesports sowie jeden Vorkriegs- und Kriegssoldaten und jeden Deutschen begeistern wird, in Grimm's Hotel zur Vorführung bringen zu können. Gezeigt wird ein Kulturfilm von deutschem Reitergeist, der die Tradition, die auch in den Reitervereinen treu gewahrt wird, wieder lebendig werden läßt. Die alten Reiter werden die ihnen bekannten Bilder einer stolzen Vergangenheit, die heute noch ihr Herz bewegt, erblicken, und der Jugend möchte man den Film, der sie mit der alten Reiterwaffe und dem alten Reitergeist bekannt und vertraut macht, besonders empfehlen. Szenen der glorreichen Siege auf den französischen Schlachtfeldern, Szenen um Friedrich den Großen und seine Reitergenerale Ziethen, Seydlitz und Dessauer, Ernst und Humor, Bilder der Kampffront für deutsche Wehrhaftigkeit im großen Kriege werden uns vorgeführt und mancher Reiter wird sich hier im Bilde wiederzufinden glauben. Also alles in allem, es wird ein Film geboten, der die deutsche Armee als beste Schule eines Volkes zeigt und den anzusehen keiner versäumen sollte. Umrahmt wird der Film von einer Auswahl guter Musikstücke.

= **Gefunden** ein Paar Kinderhandschuhe, mehrere Schlüssel. Abzuholen Rathaus Zimmer 4.

Der **1.** März

steht vor der Tür. Wer bisher versäumt hat, das **„Namslauer Stadtblatt"** bei unseren Austrägern und Ausgabestellen in der Stadt oder der zuständigen Postanstalt für den Monat März zu bestellen, der hole diese Unterlassung

noch heute

nach, damit keine Unterbrechung im Bezuge unseres Blattes eintritt.

= **Heut zum letzten Mal läuft „Reserve hat Ruh'",** der zündende und zwerchfellerschütternde Militärschwank, der mit Begeisterung und Händeklatschen aufgenommen würde, über die Leinwand. Niemand versäume daher, diese letzte Vorstellung zu besuchen.

= **Großes historisches Konzert betitelt „Friedrich, der Große und seine Zeit".** Am kommenden Dienstag, den 1. März findet bei Gasthausbesitzer Opitz das angekündigte historische Konzert des Ohlauer Stadtorchester unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Otto Gerlach statt. Im ersten Teil bringt das Programm den Aufmarsch der Fanfaren-, Trompeten-, Pfeifers- und Trommlerkorps mit den historischen Sturmtrommeln und in der historischen Uniform der „Langen Kerls", Schlachtenmusik und das berühmte Streichquartett „Des deutschen Kriegers Traum vor der Schlacht", zu dem ein lebendes Bild gestellt werden wird. Ferner das große Tongemälde „Ein Morgen in Sanssouci" mit seinen wunderbaren Melodien. Auf der Bühne wird Schloß Sanssouci sichtbar sein und so dem Geschehen auf der Bühne einen wirkungsvollen Hintergrund geben. Die bühnentechnische Ausstattung und die Scheinwerferbeleuchtung liegt in den Händen des Bühnenmeisters Erich Volkert aus Breslau. Der Abend dürfte also nicht nur musikalisch, sondern auch in bühnentechnischer Ausstattung ein Erlebnis werden. Für den zweiten Teil steht die Vortragsfolge Militärmusik vor und außer zündenden Armeemärschen wird die Paradepost der Kavallerie und Parademarsch im Trabe und der große Zapfenstreich mit Gebet gespielt werden. In 40 Ortschaften ist das Konzert in der gleichen Ausführung bei überfüllten Sälen mit größter Begeisterung aufgenommen worden. Hoffentlich ist dem Konzert auch in Namslau ein guter Besuch beschieden. Herr Opitz wird aus Küche und Keller wieder das Beste bieten. An das Konzert schließt sich ein deutscher Tanz an.

= **Staatliche Lotterie-Einnahme Haesler Namslau.** Gewinnummern 5. Klasse, 16. Ziehungstag:
27164, 223513.

= **Bühnenvolksbund.** Wenn uns in der Ankündigung der letzten Theateraufführung ein genußreicher Abend in Aussicht gestellt wurde, so ist wohl niemand enttäuscht worden. Ein vollbesetztes Haus folgte der Darstellung der ausgezeichneten Truppe mit atemloser Spannung und belohnte sie mit begeisterter Zustimmung. Angesichts des hohen Niveaus, auf dem die Vorstellung sich bewegte, war der Beifall ein wohlverdienter. Wenn auch jeder einzelne Künstler seine Rolle in vollendeter Form zur Darstellung brachte, so verdient doch besonders die höchste Anforderung an künstlerisches Können und physische Kraft stellende Doppelrolle der Frau Singe rühmend hervorgehoben zu werden. Was den Inhalt der Komödie betrifft, so sind zwar keine tiefgründigen Probleme erörtert, aber immerhin einige Gegenwartsfragen, wie Persönlichkeitswertung beim Film, das Schicksal des Mannes einer „berühmten Frau", Geschmacksrichtung des Filmpublikums in einer Weise beantwortet, die heiter und erfrischend wirkt. Für die nächste Vorstellung ist, wie wir hören, im Hinblick auf die Feier des Goethe-Jahres „Egmont" in Aussicht genommen.

Rundfunk-Programm.

Montag. 9,10: Schulfunk für Volksschulen. 15,40: Aufführungen des Breslauer Schauspiels. 16,00: Kinderfunk. 16,30: Unterhaltungskonzert. 17,20: Beseitigung von Rundfunkstörungen. 17,30: Das Buch des Tages. 17,50: Musikalische Kulturfragen der Gegenwart. 18,05: Lessing Breslau. 18,25: Das wird Sie interessieren! 18,35: Englisch. 18,50: Wettervorhersage; Humboldt und der deutsche Staatsgedanke. 19,15: Heitere Volksmusik. 20,00: Aus deutscher Klassik. 21,00: Abendberichte I. 21,10: Volkskundlicher Streifzug durch Oberschlesien. 22,00: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,30: Funktechnischer Briefkasten. 22,40: Funkstille.

Knabe

der Lust hat Tischler zu werden, melde sich bei

Gustav Kühnel

Bau-, Sarg- u. Möbeltischlerei
Klosterstraße 20.

Gesichtsausschlag

Pickel, Mitesser, Blüten, Wimmerln verschwinden sehr schnell durch **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** Stück 54, 90 Pfg. u. Mk. 1,35 (stärkste Form). Dazu die hautverschönende „Zuckooh-Creme" (30, 45, 65 und 90 Pfg.). 1000 fach bewährt, ärztl. warm empfohlen. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

In Namslau:
bei **O. Tietze,** Drogerie.

Rußland und die Mandschurei

Weißgardisten im Bund mit China.

Die Ausrufung eines selbständigen mandschurischen Staates hat politische Komplikationen im Gefolge, die vorauszusehen waren, deren Ausdehnung und Auswirkung aber heute noch nicht zu überblicken sind. Japan bestreitet offiziell mit großem Nachdruck, daß es bei der Schaffung dieses neuen Staatengebildes die Hand im Spiele gehabt habe, aber Japan behauptet ja auch, daß es sich bei den Kämpfen um Schanghai in einer Verteidigungsstellung befinde, und die Welt hat in den letzten Wochen leider gelernt, derartige japanische Versicherungen auf ihren wahren Wert zurückzuführen.

Die Geschäfte, die zwischen den Japanern und gewissen chinesischen Truppenführern in der Mandschurei als Vorbereitung der Loslösung dieser Provinz aus dem chinesischen Staatsverbande geführt worden sind, waren ebenso offenkundig wie die letzten Schritte vor der Proklamation der selbständigen Mandschurei und der Einsetzung des gestürzten chinesischen Kaisers zum sogenannten Diktator.

Die chinesische Zentralregierung ist nicht gewillt, die Selbständigkeit dieser japanischen Neuschöpfung anzuerkennen, und bereitet eine militärische Expedition vor, deren Oberleitung sich Tschiangkaischek vorbehalten hat. Das ist vom chinesischen Standpunkt aus gesehen um so notwendiger, als die Japaner in der Mandschurei weitere gefährliche Pläne ins Werk setzen wollen.

Dazu gehört die Aufstellung einer Armee aus weißrussischen und von der Zentralregierung abgefallenen chinesischen Truppen, und der weißrussische Einschlag zeigt deutlich, daß diese Armee nicht nur zur Verteidigung der mandschurischen Selbständigkeit gegen Nanking bestimmt sein soll, sondern daß sie berufen ist, Front gegen Rußland zu nehmen.

Japan will Ausländer in chinesischem Dienst erschießen.

Im Hinblick auf Meldungen, daß mehrere amerikanische Flieger in der chinesischen Armee kämpfen, haben die japanischen Militärbehörden erklärt, daß alle am Kampf gegen Japan beteiligten Ausländer, die in chinesischer Uniform aufgegriffen würden, erschossen werden sollen. Die japanischen Behörden schätzen die Zahl der Ausländer in chinesischen Kriegsdiensten auf etwa 2000.

Kiangwan wird weiter umkämpft.

Die Kämpfe bei Kiangwan wurden wieder aufgenommen. Während die Chinesen ein starkes Maschinengewehrfeuer eröffneten, antworteten die Japaner mit schwerem Geschützfeuer. Eine ganze Anzahl von Granaten fiel in die neutralen Teile der internationalen Niederlassung. Mehrere chinesische Zivilisten erlitten schwere Verletzungen.

Räumung des deutschen Konsulats in Schanghai.

Die Räumung des deutschen Konsulats ist auf die unmittelbare Nähe des japanischen Konsulats und des an der Reede liegenden japanischen Flaggschiffes „Idzumo" zurückzuführen. Da die Chinesen jede Nacht eine heftige Beschießung des umliegenden Gebietes durchführen. Auch andere zahlreiche Gebäude in der Nähe des japanischen Konsulats sind zum großen Teil geräumt worden.

Spritschiebungsprozeß.

Ueber 1 000 000 RM Geldstrafe.

Breslau, 27. Februar.

Vor dem Breslauer erweiterten Schöffengericht hatten sich der Buchhalter Erich Koschnick von der Reichsmonopolverwaltung und 21 weitere Angeklagte wegen Spritschieberei zu verantworten. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, die Reichsmonopolverwaltung in der Zeit vom Mai 1927 bis Dezember 1930 um 70 000 RM geschädigt zu haben. Zu der Verhandlung waren 14 Zeugen geladen.

Vor überfülltem Zuhörerraum wurde das Urteil verkündet. Am schwersten wurde der Brennereibesitzer Junke wegen gewerbsmäßiger Hehlerei bestraft, und zwar zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus, ferner zu 103 219 RM Geldstrafe und 29 500 RM Wertersatz. Insgesamt wurden über 500 000 RM Geldstrafe und etwa 200 000 RM Wertersatzstrafe verhängt. Der Hauptangeklagte Erich Koschnick wurde wegen fortgesetzten Diebstahls, schwerer Urkundenfälschung und wegen Vergehens gegen das Branntweinmonopolgesetz zu zwei Jahren Gefängnis, ferner zu einer Geldstrafe von 194 268 RM und zu 48 624 RM Wertersatz verurteilt.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 27. Februar 1932. An der Börse im Großhandel gezahlten Preise für reine Waggonladungen, (Oelsaaten in kleinen Mengen) in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis.

Amtliche amtliche Notierungen.

Getreide.			27. 2	26. 2
Weizen (schlesischer)				
Hektolitergewicht	von 74,5 kg	Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	251.00	252.00
Hektolitergewicht	von 78 kg	gut, gesund u. trocken	255.00	258.00
Hektolitergewicht	von 72 kg	trocken für Müllereizwecke verwendbar	241.00	242.00
Sommerweizen hart, glasig, 80 kg			—.—	—.—
Roggen (schlesischer)				
Hektolitergewicht	von 71,2 kg	Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	210.00	210.00
Hektolitergewicht	von 69 kg	trocken für Müllereizwecke verwendbar	208.00	206.00
Hafer, mittlerer Art und Güte			147.00	147.00
Braugerste, feinste			184.00	184.00
„ gute			180.00	180.00
Sommergerste, mittlerer Art und Güte			174.00	174.00
Industriegerste, 65 kg			174.00	174.00
Wintergerste			—.—	—.—

Tendenz: Ruhig.

Inserieren bringt Gewinn!

Statt Karten.

Nach kurzem Krankenlager verschied heute abend meine liebe Gattin, unsere treue Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Tante

Frau **Anna Kricke**

geb. Pietzonka

im 71. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Carl Kricke

Zimmermeister.

Namslau, den 27. Februar 1932.

Die Beisetzung erfolgt am 2. März 1932, nachmittag 3 Uhr von der Friedhofshalle aus. — Von Beileidsbesuchen wird gebeten abzusehen.

Auskunft und Vorverkauf durch: Kaufmann Haesler, Ring.

Sommer-sprossen werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. M 1.60, 2.75. Gegen Pickel, Mitesser Stärke A.

Peter-Paul-Drogerie Eichner.

Visitenkarten fertigt an Namslauer Druckerei-Gesellschaft.

Namslauer Lichtspiele Grimm's Hotel.

Heut, Montag, abends 8 Uhr letzte Vorführung

Reserve hat Ruh'

Brennholz-Verkauf.

Die Preußische Staats-Oberförsterei Namslau verkauft am Freitag, den 4. März ab 8½ Uhr im Gasthaus Schwuntek in Böhmwitz

Laub- und Nadelbrennholz nach Bedarf.

Reihenfolge der Förstereien: Bachwitz, Polkowitz, Wind. Marchwitz, Riese Glansche, Schmograu.

Singfutter

Prachtfinkenfutter, ferner Futter für Kanarienvögel, Drosseln Sonnenrosen-Kerne, Freilandfutter, Hanf, Rübsen, Glanzkorn, Eierbrot, Kalkschalen.

Oscar Tietze Germania-Drogerie.

Zur Konfirmation

empfiehlt

Evangelische Gesangbücher

in allen Preislagen billigst

Namenseindruck auf Wunsch kostenlos.

Füllfederhalter mit Stahl- und Goldfedern sowie Füllhalter „Haro" mit Glasfeder und Konfirmationsbilder in reicher Auswahl.

Oskar Opitz

Buch- und Papierhandlung

Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

Namslau, Andreas-Kirchstraße 13.

Am Mittwoch, den 2. März

wird in den Namslauer Lichtspielen der hervorragende Reiterfilm

„Aufgesessen"

nachmittags um 5 Uhr und abends um 8 Uhr vorgeführt.

Eintrittspreise 0.50, 0.90, 1.25 Mk.

Reiter-Verein Namslau.

Näheres siehe unter Lokales.

Bei frostfreien Tagen empfiehlt es sich, Sträucher und Obstbäume mit einer 5 bis 10%igen Lösung von

Obstbaum-Karbolineum

Avenarius Dendrin zu spritzen. Man erreicht hierdurch eine wesentliche Verminderung des Ungeziefers.

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Auf Anordnung der Städt. Vollstreckungsbehörde werde ich am **Mittwoch, den 2. März,** um **10 Uhr** im „Weideschlößel"

1 Geldschrank
1 Aktenregal
1 Sofa
120 Fl. Wein

gegen sofortige Barzahlung zwangsweise versteigern.

Schölzel

Vollziehungs-Beamter.

Polizeiliche An-, Ab- und Ummeldeformulare zu haben Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

Einladungen zur Konfirmation empfiehlt **Oskar Opitz** Buch- und Papierhandlung Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. Namslau Andreas-Kirchstraße 13.

Zeugnis-Hefte für Schulen empfiehlt Oskar Opitz, Namslau.

Glückwunschkarten jeder Art empfiehlt **Oskar Opitz** Buch- und Papierhandlung Zweiggeschäft der Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H. Andreas-Kirchstraße 13.